
PROTOKOLL

der Versammlung der Einwohnergemeinde Signau

Datum: Montag, 1. Juni 2015

Zeit: 20.00 – 21.35 Uhr

Ort: Singsaal des Sekundarschulhauses

**Anwesend
mit Stimmrecht**

Vorsitz Martin Wyss
Sekretär Rudolf Wolf, Gemeindeschreiber (kein Stimmrecht)
Gemeinderat Christine Aeschlimann Brunner, Alfred Hofstetter, Andreas Jutzi, Arno Jutzi, Paul Keller, Elisabeth Salzmann

Total 56 Stimmberechtigte

ohne Stimmrecht

Gemeindeschreiber Rudolf Wolf
Finanzverwalter Mathias Fankhauser
Sprecher RPK Renato Giacometti
Präsident FDP Signau Daniel Brechbühl
Medien Susanna Graf, Berner Zeitung BZ (mit Stimmrecht)

Entschuldigt Bernhard Röthlisberger, Vizepräsident Schulkommission

- 1 8.131 Verwaltungsrechnung
Gemeinderechnung für das Jahr 2014; Genehmigung
- 2 4.511 Gemeindestrassen
Sanierung Kapfstrasse: Projektänderung, Verpflichtungskreditabrechnung
- 3 12.412 Basiserschliessungsanlagen
Wasserleitung Muttenfeld – Linde, Verpflichtungskreditabrechnung
- 4 2.85 Regionaler Sozialdienst
Beschlussfassung betreffend Übertragung der Aufgaben in den Bereichen
der öffentlichen Sozialhilfe und des Kindes- und Erwachsenenschutzes
(Sozialdienst Oberes Emmental) an die Sitzgemeinde Langnau;
Genehmigung des Reglements betreffend die Aufgabenübertragung
- 5 1.301 Diverses
Orientierungen Sanierungskonzept für Kugelfänge und
Schulstrukturplanung
- 6 1.301 Diverses
Verschiedenes

Feststellungen, Hinweise

Gemeindepräsident **Martin Wyss** begrüsst die anwesenden Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sowie die Pressevertreter und eröffnet die Gemeindeversammlung. Es ist die erste Gemeindeversammlung in der Legislatur 2015 – 2018. Die Ratsmitglieder Christine Aeschlimann Brunner, Andreas Jutzi, Paul Keller und Elisabeth Salzmännli sitzen erstmals am Ratstisch. Zwei von ihnen haben bereits ein Geschäft vorzutragen. Im Anschluss sind alle herzlich zum Apéro in der Turnhalle eingeladen. Martin Wyss stellt fest:

- Die Versammlung war publiziert im Anzeiger Oberes Emmental vom 23. April 2015 und 13. Mai 2015.
- Alle Haushaltungen sind mit dem Mitteilungsblatt Nr. 58 des Gemeinderates bedient worden. Das Mitteilungsblatt enthält die Traktandenliste, eine Darstellung der zur Beratung stehenden Geschäfte, sowie den jeweiligen Antrag des Gemeinderates, es ist auf der Homepage der Gemeinde aufgeschaltet.
- Das unter Traktandum 4 aufgeführte Reglement lag 30 Tage vor der Gemeindeversammlung auf der Gemeindeschreiberei öffentlich auf.
- Die Gemeinderechnung für das Jahr 2014 konnte ab 15. Mai 2015 auf der Gemeindekasse eingesehen oder bezogen werden; die Rechnung ist ebenfalls auf der Homepage aufgeschaltet.
- Beschwerden gegen Versammlungsbeschlüsse sind in Abstimmungssachen innert 30 Tagen - in Wahlsachen innert 10 Tagen - nach der Gemeindeversammlung schriftlich und begründet beim Regierungsstatthalteramt Emmental in Langnau i.E. einzureichen.
- Verletzungen von Zuständigkeits- oder Verfahrensvorschriften an der Gemeindeversammlung sind sofort zu beanstanden. Wer rechtzeitige Rügen pflichtwidrig unterlässt, kann getroffene Beschlüsse nachträglich nicht mehr anfechten (Art. 49a Gemeindegesetz).
- Zur Traktandenliste werden keine Änderungen verlangt; sie wird in der publizierten Reihenfolge behandelt.

Prüfung der Stimmberechtigung

Schweizerinnen und Schweizer, die seit drei Monaten in der Gemeinde wohnhaft sind und das 18. Altersjahr zurückgelegt haben, sind stimmberechtigt.

Vom Stimmrecht ausgeschlossen sind Personen, die unter umfassender Beistandschaft stehen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass kein Stimmrecht eines Anwesenden bestritten wird.

Der Vorsitzende stellt fest, dass 4 Personen ohne Stimmrecht anwesend sind; diese haben getrennt von den Stimmberechtigten Platz genommen.

Wahl der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden vorgeschlagen und gewählt:

- Walter Kirchhofer, Moos 178, Signau
- Daniel Borle, Hauptstrasse 37, Schüpbach

Ernennung des Protokollausschusses

Der Vize-Präsident bestimmt folgende fünf Mitglieder des Protokollausschusses:

- Walter Kirchhofer, Moos 178, Signau
- Ulrich Hofstetter, Fuhrenholz 29, Schüpbach
- Heidi Wüthrich, Vorderegg 313, Signau
- Ursula Keller, Fuhren 30, Schüpbach
- Elisabeth Salzmann, Gemeinderätin, Vordere Böschmatt 326, Signau

1 8.131 Verwaltungsrechnung

Gemeinderechnung für das Jahr 2014; Genehmigung

Referenten: Gemeinderat **Arno Jutzi**, Finanzverwalter **Mathias Fankhauser**

Die beiden Referenten erläutern die Rechnung anhand von Folien und begründen die wesentlichsten Abweichungen gegenüber dem Voranschlag.

Die **laufende Rechnung** schliesst, bei einem Aufwand und einem Ertrag von je Fr. 10'313'712.76 ausgeglichen ab. Budgetiert war ein Aufwandüberschuss von Fr. 434'710.00. Die Besserstellung gegenüber dem Voranschlag beläuft sich somit auf Fr. 434'710.00. Bis auf die Funktion „Umwelt und Raumordnung“ weisen alle Funktionen einen Minderaufwand auf. In der Funktion „Finanzen und Steuern“ konnte ein Mehrertrag erzielt werden. Davon kann leider nicht jedes Jahr ausgegangen werden. Die Steuern wurden gestützt auf Kennzahlen des Kantons budgetiert. In vielen Gemeinden fällt der Rechnungsabschluss auch wesentlich besser aus.

Das Ergebnis 2014 ist erfreulich. Das Eigenkapital beträgt per Bilanzstichtag unverändert Fr. 1'710'088.19, was noch gut acht Steuerzehnteln entspricht.

Der Aufwandüberschuss aus der Betriebsrechnung der **Feuerwehr** beträgt Fr. 78'253.75; das Eigenkapital beträgt somit neu Fr. 198'573.27.

Im Bereich **Wasserversorgung** konnte ein Betrag von Fr. 22'395.40 erwirtschaftet werden. Das Eigenkapital beträgt neu Fr. 306'469.30.

Der Bereich **Abwasserentsorgung** schliesst negativ ab; als Rechnungsausgleich muss ein Betrag von Fr. 34'595.00 der Spezialfinanzierung entnommen werden. Das Eigenkapital beträgt neu Fr. 579'257.42.

Die **Abfallbeseitigung** schliesst positiv ab, und zwar mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 211.77. Der Rechnungsausgleich Abfall beläuft sich neu auf Fr. 92'814.85.

Die **Investitionsrechnung** weist Bruttoinvestitionen in der Höhe von Fr. 1'180'109.35 aus. An Beiträgen von Bund, Kanton und Dritten sind total Fr. 286'663.85 eingegangen, so dass Nettoinvestitionen von Fr. 893'445.50 zu Buche stehen. Davon entfällt ein Betrag von Fr. 132'384.25 auf den gebührenfinanzierten Bereich, ein Betrag von Fr. 761'061.25 auf den steuerfinanzierten Bereich.

Die **Nachkreditabelle** zeigt sämtliche Kreditüberschreitungen über Fr. 5'000.00 auf. Die gebundenen Nachkredite belaufen sich auf Fr. 413'110.00; der Gemeinderat hat Nachkredite in der Höhe von Fr. 85'389.80 bewilligt.

Renato Giacometti, Sprecher der Rechnungsprüfungskommission: Mit Roland Megert hat ein neues Mitglied bei der Revision der Gemeinderechnung mitgewirkt. Sowohl die Hauptrevision als auch die unangemeldete Zwischenrevision ergaben sehr gute Resultate. Die Buchhaltung ist tagfertig geführt. Die Bestände stimmen. Die RPK dankt Finanzverwaltung Mathias Fankhauser für die grosse Arbeit und die tadellose Rechnungsführung. Die RPK hat die Rechnung anlässlich ihrer Revision vom 28. und 29. April 2015 sowie am 6. Mai 2015 geprüft; sie beantragt in ihrem Bestätigungsbericht vom 11. Mai 2015 Zustimmung.

In ihrer Funktion als Aufsichtsstelle hat die RPK im Rahmen der Rechnungsprüfung auch den **Datenschutz** überprüft. Mit Schreiben vom 11. Mai 2015 bestätigt sie, dass die gesetzlichen Datenschutzbestimmungen eingehalten wurden und im geprüften Zeitraum

keine Beschwerden oder Reklamationen hinsichtlich des Umgangs mit Personendaten eingegangen sind.

Renato Giacometti präsentiert auf einer Folie die Entwicklung des Eigenkapitals seit 1990. Nach Bilanzfehlbeträgen in den Jahren 2001 – 2003 konnte bis 2012 kontinuierlich wieder Eigenkapital gebildet werden. Der Finanzplan rechnet in den kommenden Jahren mit kleineren Defiziten, die über das Eigenkapital aufgefangen werden können.

Antrag des Gemeinderates

Der Gemeindeversammlung wird beantragt

- a) Die Gemeinderechnung 2014, welche ausgeglichen abschliesst, zu genehmigen.
- b) Von den Kreditüberschreitungen über Fr. 5'000.00 Kenntnis zu nehmen.

Beratungen

Fabio Zollinger fragt an, ob es eine Untergrenze beim Eigenkapital gibt? Finanzverwalter **Mathias Fankhauser**: Der Kanton empfiehlt ein Eigenkapital im Bereich von 5 bis 6 Steuerzehnteln, also um 1 Mio. Franken für Signau. Sehr ungünstig ist, wenn die Gemeinde einen Bilanzfehlbetrag hat.

Ernst Heiniger weist auf den hohen Aufwandüberschuss von Fr. 78'000.00 bei der Feuerwehr hin. Er kann sich erinnern, dass die Feuerwehrrechnung früher mit Erträgen um Fr. 50'000.00 abschloss. Mit der Fusion kostet die Feuerwehr nun massiv mehr. Im Hinblick auf das Traktandum 4 ist dies nicht erbauend. Finanzverwalter **Mathias Fankhauser**: Die Überführung der Feuerwehr Signau in die Feuerwehr Region Langnau hat einmalige Kosten verursacht. Da keine konkreten Zahlen bekannt waren, war die Budgetierung schwierig. Bei der Feuerwehr dürfte es auch künftig Defizit geben, da es neu eine Vorfinanzierung für Anschaffungen gibt. Das Defizit verringert das Eigenkapital der Spezialfinanzierung Feuerwehr und hat keinen direkten Einfluss auf das Ergebnis der Gemeinderechnung. Gerne zeigt er Ernst Heiniger nach der Versammlung weitere Details. Gemeinderat **Arno Jutzi**: Die Gebäudeversicherung Bern macht den Feuerwehren immer grössere Auflagen. Signau hätte somit auch nachrüsten müssen. Der Gemeinderat hat nicht gesagt, dass das Feuerwehrwesen mit der Fusion billiger wird. Für **Fabio Zollinger** sind die Mittel bei der Feuerwehr gut eingesetzt. **Ernst Heiniger** erkundigt sich, ob der Zusammenschluss etwas gebracht hat und ob die regionale Feuerwehr die Schadenplätze findet. Gemeinderat **Arno Jutzi**: Die Feuerwehr findet die Einsatzortes. Gemeinderat **Alfred Hofstetter**: Bei einem Alarm rückt die Feuerwehr nun jedes Mal professionell aus. Aufgrund der sehr guten Ortskenntnisse konnten früher die Signauer Verantwortlichen eher abschätzen, welche Mittel aufzubieten sind. In diesem Jahr ist die regionale Feuerwehr bereits 257-mal ausgerückt.

Ohne Gegenstimmen fasst die Versammlung folgenden

Beschluss

- a) Die Gemeinderechnung 2014, welche ausgeglichen abschliesst, wird genehmigt.
- b) Von den Kreditüberschreitungen über Fr. 5'000.00 wird Kenntnis genommen.

2 4.511

Gemeindestrassen

Sanierung Kapfstrasse: Projektänderung, Verpflichtungskreditabrechnung

Referent: Gemeinderat **Paul Keller**

a) Projektänderung

Die Urnengemeinde hat am 8. Februar 2009 einen Kredit von Fr. 1'400'000.00 bewilligt. Mit diesem Betrag hätte die gesamte Länge der Weganlage (Gässli – Stumatt - Gemeindegrenze) saniert werden sollen. Das Teilstück Stumatt – Gemeindegrenze ist ausgeführt.

Auf dem Teilstück Gässli – Stumatt wurde noch keine Belagssanierung vorgenommen. Damit sollte bis zum Abschluss der Überbauung Gässli zugewartet werden. Die Realisierung dieser Überbauung verzögert sich. Im Rahmen der Planungsarbeiten für diese Überbauung zeigte sich, dass am Strassenstück im Gässli weitergehende Massnahmen (z.B. Verkehrsberuhigung, Fussgängersicherung) notwendig sein dürften. Solche Massnahmen sind im ursprünglichen Projekt nicht enthalten. Der Gemeinderat hat daher entschieden, der Gemeindeversammlung den Verzicht auf die Ausführung der 3. Etappe zu beantragen und für den Abschnitt Gässli – Stumatt ein eigenes Projekt ausarbeiten zu lassen. Eine erste Begehung mit den Anstössern hat Ende März 2015 stattgefunden. Die Anwohner möchten verkehrsberuhigende Massnahmen. Sie wünschen jedoch kein Trottoir, da dies nicht mehr zeitgemäss ist. Es braucht Ergänzungen bei der Strassenbeleuchtung.

Antrag des Gemeinderates

Der Gemeindeversammlung wird beantragt, dem Verzicht auf die Ausführung des Belagseinbaus im Rahmen dieses Kreditgeschäftes zuzustimmen.

Beratungen

Fabio Zollinger möchte mehr über das neue Geschäft erfahren. Gemeinderat **Paul Keller**: Für das Strassenstück zwischen Gässli und Stumatt wird ein neues Projekt ausgearbeitet. Die Anwohner können sich zur Projektierung äussern. Der Strassenzustand auf diesem Abschnitt ist noch verhältnismässig gut. Daher kann mit der Sanierung noch einige Jahre zugewartet werden. Es hängt sehr davon ab, ob und wann die Überbauung Gässli realisiert wird.

Beschluss

Ohne Gegenstimmen stimmt die Versammlung der beantragten Projektänderung zu.

b) Verpflichtungskreditabrechnung

Die Strassenbauarbeiten auf dem Abschnitt Stumatt – Gemeindegrenze sind ausgeführt. Die Subventionen wurden eingefordert und bezahlt. Die Patenschaft Berggemeinden hat einen freiwilligen Beitrag von Fr. 200'000.00 geleistet.

Die Kreditabrechnung lautet:

Kreditbewilligung Urne vom 29.02.2008	Fr.	1'400.000.00
Kreditbewilligungen durch Gemeinderat	Fr.	16'000.00
Total Kreditsumme	Fr.	1'416'000.00
Total Baukosten	Fr.	1'090'131.40
./. Subventionen und Beitrag Patenschaft Berggemeinden	Fr.	-510'150.00
Netto Baukosten	Fr.	579'891.40
Kreditunterschreitung	Fr.	836'018.60

Im Sinne von Art. 109 der Gemeindeverordnung wird den Stimmberechtigten diese Kreditabrechnung zur Kenntnis gebracht. Es werden dazu keine Fragen gestellt.

3	12.412	Basiserschliessungsanlagen
		Wasserleitung Muttenfeld – Linde, Verpflichtungskreditabrechnung

Referent: Gemeinderat **Alfred Hofstetter**

Im Sommer/Herbst 2013 wurde die neue Wasserleitung (ca. 780 m) verlegt. Diese Arbeiten wurden mit der Sanierung der Muttenfeldstrasse ausgeführt. Die Subventionen sind überwiesen. Das Geschäft ist erledigt. Die Anstösser sind mit den ausgeführten Arbeiten sehr zufrieden.

Die Kreditabrechnung lautet:

- Kreditbewilligung Gemeindeversammlung vom 04.06.2012	Fr.	345'000.00
- Bruttokosten	Fr.	330'467.45
- Subventionen Kanton	Fr.	5'555.55
- Nettokosten	Fr.	324'911.90
- Kreditunterschreitung	Fr.	20'088.10

Im Sinne von Art. 109 der Gemeindeverordnung wird den Stimmberechtigten diese Kreditabrechnung zur Kenntnis gebracht. Es werden keine Fragen gestellt.

Erneuerung Wasserleitung Schulhausgässli Schüpbach: Alfred Hofstetter erwähnt, dass die Kommission Ver- und Entsorgung ein weiteres grösseres Vorhaben projektiert. Die Erneuerung eines 400 m langen Teilstückes der Wasserleitung im Schulhausgässli Schüpbach wird dieses Jahr geplant und sollte 2016 ausgeführt werden. Auf diesem Abschnitt hat es viele andere Leitungen (Bernwasser-Leitung, Leitungen BKW und Elektra Schüpbach, private Leitungen usw.), was das Vorhaben erschwert. Die Kosten (inkl. Teerung) sind mit Fr. 500'000.00 veranschlagt. Für diesen Herbst ist ein Informationsanlass für die Anwohner geplant.

4 2.85 Regionaler Sozialdienst

Beschlussfassung betreffend Übertragung der Aufgaben in den Bereichen der öffentlichen Sozialhilfe und des Kindes- und Erwachsenenschutzes (Sozialdienst Oberes Emmental) an die Sitzgemeinde Langnau; Genehmigung des Reglements betreffend die Aufgabenübertragung

Referentin: Gemeinderätin **Elisabeth Salzmann**

Dieses Geschäft ist ausführlich im Mitteilungsblatt dargestellt. In Langnau hat es zwei Sozialdienste. Die Gemeinden des Oberen Emmentals (ohne Langnau) bilden seit längerer Zeit gemeinsam den Gemeindeverband „Regionaler Sozialdienst Oberes Emmental“ (RSD Oberes Emmental). Dieser Verband umfasst die Gemeinden Eggwil, Lauperswil, Röthenbach, Rüderswil, Schangnau, Signau, Trub und Trubschachen. Dieser Dienst hat seine Büros an der Burgdorfstrasse. Langnau als grösste Gemeinde der Region betreibt an der Haldenstrasse einen gemeindeeigenen Sozialdienst. Die Klienten aus Signau müssen den Dienst an der Burgdorfstrasse aufsuchen und landen öfters in den Büros an der Haldenstrasse. Beide Sozialdienste erfüllen die gleichen Aufgaben. Es ist eigentlich nicht sinnvoll, am selben Ort zwei gleiche Dienste zu führen. Daher wurde das Projekt „Zusammenschluss“ gestartet und umfangreiche Abklärungen getroffen. Die beiden Sozialdienste sollen zusammengeschlossen werden. Der gemeinsame Sozialdienst für das obere Emmental wird Teil der Gemeindeverwaltung Langnau (Sitzgemeinde-Modell). Es gilt das kommunale Recht der Gemeinde Langnau.

Die Aufgabenübertragung nach Langnau ist in einem Reglement und einem Vertrag festgehalten. Im Artikel 1 des Reglements sind die Aufgaben aufgelistet, die nach Langnau übertragen werden: individuelle Sozialhilfe, Dienstleistungen für die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, Dienstleistungen im Bereich Adoptionswesen, Pflegekinderaufsicht, Alimentenbevorschussung und -inkasso, kommunale Integrationsangebote (KIA). In der 9-köpfigen regionalen Sozialkommission ist jede Gemeinde vertreten. Im Vertrag sind die

Details geregelt: u.a. Name, Beitritt weiterer Gemeinden, Aufgaben Sozialkommission, Rechte und Pflichten, Kostenschlüssel, Stimmrecht.

Der Gemeinderat empfiehlt dieses Zusammengehen. Für den einzelnen Bürger ändert sich nichts. Das System wird einfacher für den Klienten und den Sozialdienst. Die Ressourcen können besser genutzt werden. Der Informationsfluss ist einfacher.

Signau steht faktisch unter Zugzwang. Andere Gemeinden haben dem Zusammenschluss bereits zugestimmt. Lehnen mehr als 2 Gemeinden den Zusammenschluss ab, bleibt die heutige Struktur. Spricht sich Signau als einzige Gemeinde dagegen aus, muss Signau eine neue Lösung für sich suchen (Anschluss an einen anderen Sozialdienst oder selber einen Dienst aufbauen). Der Aufbau und die Führung eines eigenen Sozialdiensts kostet wohl das Doppelte.

Antrag des Gemeinderates

Der Gemeindeversammlung wird beantragt

- a) der Übertragung der Aufgaben in den Bereichen der öffentlichen Sozialhilfe und des Kindes- und Erwachsenenschutzes (Sozialdienst Oberes Emmental) zuzustimmen,
- b) das Reglement betreffend die Aufgabenübertragung zu genehmigen,
- c) vom Anschlussvertrag Kenntnis zu nehmen.

Beratungen

Für **Fabio Zollinger** darf der Sozialdienst heute machen, was er will. Er hat dies schon selber erfahren müssen. Er will sich später dazu noch äussern.

Hans Niederhauser stellt fest, dass es laufend Fusionen gibt und Aufgaben übertragen werden. Dies müsste doch die Gemeindeverwaltung Signau entlasten. Er fragt sich, ob es nicht zu viele Stellen bei der Gemeindeverwaltung hat. Gemeinderätin **Elisabeth Salzmann**: Die Anzahl Fälle bleiben gleich. Die beiden Sozialdienste werden zusammengelegt. Es wird aber nicht günstiger. Gemeinderat **Arno Jutzi**: Der Sozialdienst Oberes Emmental behandelt die Signauer Dossiers bereits. Es werden somit keine Arbeiten neu nach Langnau ausgelagert.

Ernst Heiniger: Liegen bereits Entscheide aus anderen Gemeinden vor? Gemeinderätin **Elisabeth Salzmann**: Zwei Gemeinden haben bereits zugestimmt.

Fabio Zollinger hofft, dass es durch den Zusammenschluss doch Einsparungen gibt.

Silvia Beer hat bis Ende 2014 dieses Dossier im Gemeinderat betreut. Sie hat sich sehr für die Beibehaltung des Gemeindeverbandes eingesetzt. Der Verband funktioniert gut. Aber für Langnau kam ein Zusammengehen einzig im Sitzgemeinde-Modell in Frage. Silvia Beer lehnt einen Zusammenschluss im Sitzgemeinde-Modell weiterhin ab. Im Verband konnten die Gemeinden doch noch mitbestimmen (z.B. bei Personal- und Organisationsfragen). Es stört sie, dass beim Sitzgemeinde-Modell Langnau über alle Punkte bestimmen wird. Für Silvia Beer ist klar, dass sich Signau keinen eigenen Sozialdienst leisten kann. Gemeinderätin **Elisabeth Salzmann**: Für den Sozialdienst wird die regionale Sozialkommission zuständig sein. Das Stimmrecht ist so ausgestaltet, dass Langnau alleine keine Mehrheit hat. Langnau wird aber die Organisation vorgeben und der Entscheid über das Budget liegt beim Grossen Gemeinderat Langnau. Die Verbandsgemeinden haben sich schlussendlich für das Sitzgemeinde-Modell ausgesprochen.

Anita Megert: Was passiert, wenn Signau diese Fusion ablehnt? Kann sich Signau auch später noch dem regionalen Sozialdienst anschliessen? Gemeinderätin **Elisabeth Salzmann**:

Der Entscheid gilt und die weiteren Fusionsarbeiten werden ohne Signau weitergeführt. Es wäre schade, wenn Signau nicht mitmachen würde. Gemeinderat **Arno Jutzi**: Der Gemeinderat Signau hatte sich in den Verhandlungen für die Beibehaltung des Gemeindeverbandes ausgesprochen. Die Mehrheit der Verbandsgemeinden hat sich aber für das Sitzgemeinde-Modell ausgesprochen. Signau hat die Unterlagen genau geprüft und viele Verbesserungsanträge gestellt. Diese wurden teilweise berücksichtigt. Es geht nicht, dass Signau einen eigenen Sozialdienst führt.

Ernst Heiniger entnimmt der Diskussion, dass zwei Varianten zur Auswahl standen. Wer gab den Anstoss für den Zusammenschluss? Wie bereits erwähnt, halten Fusionen selten was sie versprechen. Mit der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde KESB hat sich die Situation für die Betroffenen verschlechtert. Er findet es schade, dass Signau nur macht, was die anderen wollen. Er spricht sich eher gegen den Zusammenschluss aus. Gemeinderätin **Elisabeth Salzmann**: Diese Schwierigkeiten wurden erkannt. Die Unterlagen wurden in Arbeitsgruppen vorbereitet. Die Gemeinderäte konnten sich äussern. Die meisten Verbandsgemeinden waren mit den Vorschlägen einverstanden. Das Modell „Gemeindeverband“ fand keine Mehrheit. Gemeindepräsident **Martin Wyss**: Dieser Prozess dauerte einige Jahre. Beim Sitzgemeinde-Modell ist eine Gemeinde verantwortlich. Es braucht nicht eigene Strukturen wie beim Verband. Beim Gemeindeverband hängt das gute Funktionieren sehr von den verantwortlichen Personen (Präsident, Geschäftsführer) ab. Bei Verband gab es auch schon eine namhafte Krise. Beim Sozialdienst haben die Gemeinden einen sehr kleinen Handlungsspielraum. Daher wäre es für ihn das falsche Geschäft um mit der Ablehnung ein Zeichen zu setzen. Beim Regionalen Sozialdienst werden um die 176 Dossiers mit Bezug zu Signau geführt. Wenn Signau diese Dossiers selber betreuen möchte, bräuchte dies rund 2 Stellen. Das Organisieren eines eigenen Dienstes ist aufwändig. Es müssten qualifizierte Leute angestellt werden. Es würde für die Gemeinde markant teurer.

Für **Hans Peter Ulmer** sind diese Aussagen teilweise widersprüchlich. Demnach spielt es keine so grosse Rolle, wer den Sozialdienst in Langnau führt. Es genügt, wenn er in die Verwaltungsstruktur der Gemeinde Langnau eingebettet ist. Mit dem Sitzgemeinde-Modell verlieren die Anschlussgemeinden jegliche Mitsprachemöglichkeit, da deren Einfluss auf Entscheide der Gemeinde Langnau inexistent ist. Gemeindepräsident **Martin Wyss**: Der Sozialdienst wird Bestandteil der Gemeindeverwaltung Langnau. Es gibt eine funktionierende Organisation. Gibt es z.B. personelle Probleme, werden diese im Rahmen der Gesamtorganisation gelöst. Die Anschlussgemeinden können sehr wohl Einfluss nehmen, sofern sich die Mehrheit einig ist. Die vertraglichen Unterlagen wurden entsprechend nachgebessert.

Fabio Zollinger spricht sich für den Zusammenschluss aus. Er hat mit dem Sozialdienst Oberes Emmental schlechte Erfahrungen gemacht. Er hofft, dass es bei einem grösseren Dienst eher Personen gibt, die mehr Verständnis für seine Anliegen aufbringen.

Bettina Aeschlimann überlegt sich, dass ein grösserer Sozialdienst beim Kanton eher wahrgenommen wird. Somit kann sich der zusammengelegte Dienst beim Kanton auch besser Gehör verschaffen und hat mehr Gewicht, um Anliegen durchzubringen. Gemeinderat **Arno Jutzi**: Der Bund und der Kanton machen die gesetzlichen Vorgaben. Für Änderungen sind daher die Politiker die Ansprechpartner. Die KESB ist eine Art Blackbox. Der Institution fehlt die Bürgernähe. Der Gemeinderat hat das Problem erkannt. Mit der Regionalkonferenz Emmental wurden bereits Gespräche geführt. Ein Ziel des Gemeinderates ist, zusammen mit den Nachbargemeinden und dem Verband Bernischer Gemeinden Anpassungen zu erwirken. Dies braucht viel Überzeugungsarbeit und viel Zeit.

Gemeindepräsident **Martin Wyss** schliesst die Diskussion und nimmt die Abstimmung vor:

- Wer ist für den beantragten Zusammenschluss (Antrag Gemeinderat): 48 Stimmen
- Wer lehnt den beantragten Zusammenschluss ab: 3 Stimmen

Beschluss

Die Gemeindeversammlung stimmt der Übertragung der Aufgaben in den Bereichen der öffentlichen Sozialhilfe und des Kindes- und Erwachsenenschutzes (Sozialdienst Oberes Emmental) zu, genehmigt das Reglement betreffend die Aufgabenübertragung und nimmt vom Anschlussvertrag Kenntnis.

5 1.301 Diverses

Orientierungen Sanierungskonzept für Kugelfänge und Schulstrukturplanung

Gemeindepräsident Martin Wyss weist darauf hin, dass es unter diesem Traktandum um Informationen geht. Die Geschäfte sind in Bearbeitung. Es ist keine Diskussion vorgesehen. Einzelne Fragen werden gerne beantwortet.

- Sanierungskonzept für Kugelfänge

Referent: Gemeinderat **Paul Keller**

Für den Referenten handelt es sich um ein emotionales Geschäft. Daher hofft er auf eine gute Lösung. Auf dem Gemeindegebiet von Signau liegen 4 Schiessanlagen, die nach den Zielsetzungen und Vorgaben des Umweltschutzgesetzes und der Altlastenverordnung zu sanieren sind. Die stillgelegte Anlage Moos, die Schiessanlage Mutten und der Pistolenstand Bubenei liegen im besonders gefährdeten Gewässerschutzbereich (Gewässer bzw. nutzbare Grundwasservorkommen). Diese 3 Anlagen müssen hart saniert werden, d.h. Boden entsorgen, auffüllen und bei der Anlage Moos zusätzlich Mauer entfernen und rekultivieren. Diese Sanierungen müssen bis ins Jahr 2020 erfolgen. Wird nichts gemacht, darf ab 2020 nicht mehr geschossen werden. Dazu sind auch künstliche Kugelfangsysteme einzubauen. Die Schiessanlage Höhe liegt nicht im Gewässerschutzbereich. Die Anlage wird allenfalls auch noch untersucht. Eine Sanierung müsste innerhalb einer Generation erfolgen. Im Auftrag der Gemeinde führt das Ingenieurbüro Kellerhals + Haefli AG die altlastenspezifischen Voruntersuchungen durch. Daraus ergeben sich Sanierungskonzepte, Kostenvoranschläge und Baubewilligungsverfahren. Der Gemeinderat wird über die nächsten Schritte entscheiden. Pro Anlage gibt es eine Kreditvorlage.

Gibt es dazu Fragen?

Peter Andres, Präsident Pistolenschützen, findet es gut, dass sich der Gemeinderat dieser Sache annimmt. Er erwartet, dass die Schützenvereine rechtzeitig in die Projektierung einbezogen werden. Für den Pistolensklub Signau-Langnau bedeutet dies eine grössere finanzielle Belastung. Wenn es auch noch künstliche Kugelfänge braucht, müssen die Ausgaben genau geplant werden können. Gemeinderat **Paul Keller** will erst die Kosten erfahren. Sobald die Sanierungskonzepte mit Kostenvorschlag vorliegen, wird er sofort den Kontakt mit den Vereinen suchen.

Monika Stucki bezieht ihr Wasser aus einer Quelle beim Schiessstand Höhe. Sie ist erstaunt, dass die Anlage Höhe in keiner Gewässerschutzzone liegt und sich damit keine sofortige Sanierung aufdrängt. Gemeinderat **Paul Keller**: Die Schiessanlagen wurden mit Frau Schmidlin, kantonales Amt für Wasser und Abfall, besichtigt. Bei der Anlage Höhe war das Terrain durchnässt und die Schuhe wurden nass. Dennoch stellte Frau Schmidlin fest, dass es bei dieser Anlage keinen Handlungsbedarf gibt. Auf der Anlage wird weiter geschossen. Der Einbau von künstlichen Kugelfängen ist aber notwendig. Es braucht aber noch keine harte Sanierung des Kugelfangs.

Markus Bigler, Präsident Schützengesellschaft Höhe, ist dieser Sachverhalt bekannt. Bis 2020 müssen die künstlichen Kugelfänge installiert werden. Zurzeit kann noch mit Subventionen von Bund und Kanton gerechnet werden. Ob es diese Beiträge in 10 oder 20 Jahren noch gibt, ist offen. Daher sollte nicht zulange mit der harten Sanierung zugewartet werden, da sonst die Gemeinde die Kosten allein tragen muss. Gemeindepräsident **Martin Wyss**: Die Abklärungen laufen. Die Gemeinde hat einen Handlungsspielraum. Es gibt Gespräche mit den Schützengesellschaften.

- Schulstrukturplanung

Referent: Gemeinderat **Arno Jutzi**

Gemeindepräsident **Martin Wyss**: Arno Jutzi zeichnet für den Schlussbericht mitverantwortlich. Daher wird er die heutige Information vornehmen. Danach wechselt das Geschäft zu Gemeinderat und Präsident der Schulkommission Andreas Jutzi.

Gemeinderat **Arno Jutzi** ruft die Vorgeschichte in Erinnerung. An der Gemeindeversammlung vom 2. Dezember 2013 wurde der Gemeinderatsantrag zurückgewiesen. Aus der Mitte der Versammlung ging hervor, dass alle Standortvarianten durchleuchtet und sämtliche anfallenden Kosten dargestellt werden sollen. Die Arbeitsgruppe mit Gemeinderat Arno Jutzi, Liegenschaftenverwalter Hans Peter Ulmer und Finanzverwalter Mathias Fankhauser hat viele Daten zusammengetragen und die sich daraus ergebenden finanziellen Konsequenzen dargestellt. Anfangs März 2015 hat der Gemeinderat den Schlussbericht der Arbeitsgruppe veröffentlicht. Während 6 Wochen konnte die Bevölkerung sich dazu äussern. Es gingen 5 Eingaben ein. Einzelne Voten hätten eine andere Bewertung der Kriterien bevorzugt. Es ist schwierig abzuschätzen, warum der Schlussbericht nicht zu mehr Reaktionen geführt hat. Wurde der Bericht nicht angeschaut? War er zu umfangreich? Sind die Einwohner mit der Stossrichtung einverstanden? In allen Rückmeldungen wurde die geleistete Arbeit anerkannt.

Vor der Klausursitzung des Gemeinderates vom 4. Mai 2015 hatte Arno Jutzi Herzklopfen. Die Sitzung war intensiv. Der Gemeinderat hat sich einstimmig entschieden, dass 2 Varianten (5 - alle Aussenschulhäuser zu, 3.1 - Häleschwand und Höhe zu) weiterverfolgt werden. Die neue Schulstruktur ist spätestens in 9 Jahren umgesetzt. Im Auftrag des Rates klärt eine Spurgruppe (Ressortvorsteher Bildung, Bau und Finanzen und der Schulleiter) nun ab, wie die künftige Projektorganisation aussehen muss. Es werden die Handlungsfelder definiert. Die zwei Varianten werden vertieft untersucht. Die künftige Nutzung des Schulhauses Mutten ist offen. Möglich ist, dass die Vereine Raumbedarf anmelden. Es gilt die rechtlichen Grundlagen (u.a. Schulreglement) zu prüfen. Weitere Prüffelder sind die Finanz- und Bauplanung. Auf einer Zeitachse sind die notwendigen Schritte darzustellen. Es gilt die Umsetzung im Schulalltag (z.B. Pensionierung von Lehrkräften) zu klären. Die Kommunikation und der Einbezug der Bevölkerung sind vorzubereiten. Geplant ist, dafür eine neue schlanke Arbeitsgruppe einzusetzen. Diese Gruppe kann je nach Bedarf Spezialisten beiziehen. Angedacht ist auch eine grössere Gruppe, welche die Arbeiten der Arbeitsgruppe reflektieren soll und die Meinung der Bevölkerung einbringt. Pro Schulkreis könnten 2 bis 3 Personen in dieser Gruppe mitwirken. Wer an einer Mitarbeit interessiert ist, kann sich bei den Ratsmitgliedern oder der Verwaltung melden.

Vor wenigen Tagen ging auch ein Schreiben von Eltern aus dem Schulkreis Häleschwand ein. Dieses Schreiben wird in der Spurgruppe behandelt.

Wichtig: Der Gemeinderat hat den Lösungsweg aufgezeigt. Es gibt noch keine Entscheidung, wann was passiert. Die Arbeitsgruppen haben noch viel Arbeit vor sich.

Gibt es dazu Fragen?

Hans Niederhauser erkundigt sich, wann das Geschäft der Gemeindeversammlung unterbreitet wird. Gemeinderat **Arno Jutzi**: Dies wird frühestens im Winter 2016 der Fall sein.

Markus Adam: Im Schlussbericht ist von einer Reduktion auf 3 Varianten die Rede. Warum nun der Sinneswandel auf 2 Varianten? Gemeinderat **Arno Jutzi**: An der Klausursitzung hat sich der Rat sehr deutlich für die beiden Varianten 5 und 3.1 ausgesprochen. Für eine dritte Variante fehlte ein klarer Konsens.

Monika Stucki: Mit dem Berater hat der Gemeinderat die Variante „Schliessung Mutten“ erarbeitet. Diese Variante hat die Gemeindeversammlung zurückgewiesen. Welche Kosten hat der Beizug dieses Beraters verursacht? Gemeinderat **Arno Jutzi**: Trotz Beizug des Beraters hat diese Variante nicht zum Erfolg geführt. Der Rat wollte wohl zu schnell

einen Entscheid herbeiführen und die vielen Zahlen waren zu wenig fundiert. Es wurde der Berater ausgewählt, der das günstigste Angebot unterbreitet hatte. Dieser hat der Gemeinde wohl Kosten zwischen Fr. 10'000.00 und Fr. 12'000.00 in Rechnung gestellt.

Stefan Schär teilt mit, dass sich die Eltern aus dem Schulkreis Höhe auch nicht schriftlich gemeldet haben. Sie gingen davon aus, dass die Bevölkerung bei der Variantenwahl einbezogen wird und sie in dieser Phase ihre Einwände geltend machen können. Für ihn muss auch eine Variante, welche den Fortbestand der Schule Höhe beinhaltet, weiter geprüft werden. Im Schulkreis Höhe hat es genügend Kinder. Er stellt den Antrag, dass auch eine Variante mit dem Schulhaus Höhe weiter geprüft wird. Gemeinderat **Arno Jutzi** bedauert, dass Leute den Eindruck haben, dass der Gemeinderat mit diesem Vorgehen die Bevölkerung überrumpeln wollte. Unter diesem Orientierungstraktandum können keine Anträge gestellt werden. Das Anliegen von Stefan Schär ist trotzdem angekommen. An der Klausursitzung hat der Rat in einem mehrstufigen Prozess den Variantenentscheid getroffen. In einer ersten Phase wurden die 3 schlechtesten Varianten ausgewählt. Die Ratsmitglieder mussten ihre Wahl jeweils begründen. Danach wurden die 3 bestens Vorschläge ermittelt. Der Entscheid auf die Varianten 5 und 3.1 gibt die Vision des Gemeinderates wieder. Der Gemeinderat signalisiert damit, dass er in die Schulinfrastruktur investieren will. Er will die Investitionen jedoch nicht dezentral vornehmen.

Alexander Tellenbach: Den Eltern im Schulkreis Häleschwand ist es ähnlich ergangen. Erst mit dem Zeitungsbericht „allen drei Aussenschulhäusern droht das Aus“ wurden sie auf den Schlussbericht richtig aufmerksam und sie realisierten, dass ohne Reaktion der Zug irgendwann abgefahren sein wird. Der 60-seitige Schlussbericht hat ihn überfordert. Es steckt viel Arbeit im Bericht. Im Bericht wurde das Kriterium Finanzen doppelt gewichtet. Wären die Kriterien Pädagogik und/oder Gesellschaft gleich oder höher gewichtet worden, hätte es eine andere Reihenfolge gegeben. Laut Bericht können bei der Variante 5 jährlich um Fr. 300'000.00 eingespart werden. Dies sind knapp 3 % des Gemeindebudgets. Für ihn ist die so starke Gewichtung der Finanzen nicht richtig. Andere Kriterien sind ebenso wichtig. Damit das Sparpotential erreicht wird, muss das Schulhaus Häleschwand verkauft werden. Damit geht im Schulkreis der einzig öffentliche Platz verloren. Dies ist sehr ungünstig. Gemeinderat **Arno Jutzi** sieht den pädagogischen und gesellschaftlichen Wert der Aussenschulhäuser auch. Bei den Schulhäusern Häleschwand und Höhe stehen aber grössere bauliche Investitionen an. Die Schülerzahlen zeigen eine abnehmende Tendenz. Der Hinweis auf den fehlenden öffentlichen Raum ist richtig.

Fabio Zollinger fragt an, wo man sich informiert und bei wem das Interesse für die Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe angemeldet werden kann. Gemeinderat **Arno Jutzi:** Weitere Informationen gibt es auf der Gemeindegewebseite oder bei der Gemeindeverwaltung. Das Interesse kann der Gemeindeverwaltung per E-Mail mitgeteilt werden.

Markus Adam fragt sich, welche baulichen Massnahmen beim Schulhaus Höhe 1 Million Franken kosten sollen. Er befürchtet, dass die Investition so hoch angenommen ist, damit die Variante schlecht abschneidet. Wenn beim Schulhaus Höhe so hohe Investitionen notwendig sind, wird die Gemeinde bei einem Verkauf keinen hohen Erlös erzielen. Gemeinderat **Arno Jutzi:** Alle Schulhäuser wurden angeschaut und der Investitionsbedarf geschätzt. Es wurden Annahmen getroffen. Auch wegen der schönen Lage sollte das Schulhaus Höhe verkauft werden können.

Stefan Schär erkundigt sich, warum für die Wohnung im Schulhaus Höhe noch kein neuer Mieter gefunden wurde. Gibt es keine Interessenten? Es ist schade, wenn die Wohnung nicht genutzt wird. Gemeinderätin **Christine Aeschlimann:** Niemand hat sich auf das Wohnungsinserat gemeldet. Vor einer Vermietung ist das Problem „rostiges Warmwasser“ zu lösen. Liegenschaftsverwalter **Hans Peter Ulmer** erwähnt, dass die alten Rohrleitungen ausgewechselt werden müssten. Es handelt sich um eine grössere Massnahme. Die Schule benützt Räume im Erd- und Dachgeschoss. Die Wohnung im 1. Stock liegt dazwischen und ist während der Unterrichtszeiten lärmig. Dies muss ein Mieter in Kauf nehmen oder noch besser, der Mieter ist nur an den unterrichtsfreien Zeiten zu Hause.

Gemeindepräsident **Martin Wyss** erinnert daran, dass es sich um eine Orientierung handelt. Es wurden bereits viele Fragen gestellt. Er lässt noch zwei Fragen zu.

Silvia Schär entnimmt den Voten, dass die Stimmberechtigten nur noch über die beiden vom Gemeinderat ausgewählten Varianten abstimmen können. Es gibt aber Personen, die die Aussenschulhäuser behalten wollen. Gemeinderat **Arno Jutzi**: Der Gemeinderat wird die Varianten 5 und 3.1 nun weiter bearbeiten. Als der Gemeinderat seine Variantenwahl mitteilte, gab es kaum Reaktionen. Wäre es zu einem Entrüstungsturm gekommen, hätte der Gemeinderat darauf bestimmt reagiert. Der Gemeinderat nimmt die Anliegen der Bevölkerung gerne auf. Offen ist, welche Fragen schlussendlich den Stimmberechtigten zum Entscheid vorgelegt werden. Diese Fragen werden sich mit den weiteren Arbeiten ergeben. Die Stimmberechtigten werden über die Zukunft der Schulen zu entscheiden haben.

Bettina Aeschlimann stellt fest, dass die „Schulzukunft“ interessiert und bei jedem Anlass immer zu wenig Zeit zur Verfügung steht, um das Thema ausgiebig zu besprechen. Der Schlussbericht ist sehr umfangreich. Die Informationen müssen fliessen. Das Thema ist sehr wichtig. Es braucht daher Anlässe, an denen genügend Zeit zur ausgiebigen Diskussion zur Verfügung steht. Gemeinderat **Arno Jutzi** dankt für diese Anregung. Gemeindepräsident **Martin Wyss**: Es ist bekannt, wie viele Kinder in 7 Jahren die Schule besuchen werden. Werden die Zu- und Wegzuger nicht beachtet, werden in 7 Jahren gut 40 Kinder weniger die Schulen in Signau besuchen. Der Gemeinderat nimmt die Anliegen der Bevölkerung ernst. Es ist jedoch klar, dass es einen Entscheid braucht. Dieser Entscheid kann kaum alle glücklich machen.

6 1.301 Diverses

Verschiedenes

- a) Gemeinderätin **Christine Aeschlimann** informiert, dass der Rückbau des Gallihauses vorbereitet wird. Mit dem Hausabbruch wird die gefährliche Verkehrssituation entschärft. Das Abbruchgesuch wird im Anzeiger publiziert.
- b) **Silvia Beer** erkundigt sich, ob der Darlehensvertrag mit dem Ärzteehepaar Stadelmann/Brechbühler bereits ausgehandelt ist. Gemeinderätin **Elisabeth Salzmänn** erwähnt, dass der Entwurf vorliegt. Die Vertragsunterzeichnung ist auf gutem Weg.
- c) **Markus Adam** wundert sich, wieso die freie Wohnung im Schulhaus Höhe nicht im Internet aufgeschaltet ist. Er hätte ein Mietinteressenten, sofern der Mietzins nicht höher als Fr. 1'000.00 liegt. Der Interessent würde die Wohnung auch mit dem Mangel beim Warmwasser mieten. Gemeinderätin **Christine Aeschlimann**: Es waren Wohnungsinserate geschaltet. Leider hat sich niemand gemeldet. Nun muss das Problem mit dem rostigen Warmwasser gelöst werden. Der Wohnungsinteressent soll sich bei Liegenschaftsverwalter Hans Peter Ulmer oder der Gemeindeverwaltung melden.
- d) Gemeindepräsident **Martin Wyss** weist auf folgende Anlässe hin:
 - Fête de la musique beim Bahnhof Signau am Sonntag, 21. Juni 2015
 - Festivitäten 150-Jahr Sekundarschule Signau vom 25. bis 27. Juni 2015
 - nächste Gemeindeversammlung am 7. Dezember 2015
- e) Gemeindepräsident **Martin Wyss** dankt für den Versammlungsbesuch, den Referenten für die gute Vorbereitung, dem Hauswartsteam unter Leitung von Hans Rudolf Salzmänn für die Bereitstellung der Anlagen und der Pressevertreterin für eine gute Berichterstattung. Martin Wyss schliesst die Versammlung und lädt alle Anwesenden zum Apéro ein.

FÜR DAS PROTOKOLL

Der Präsident

sig. M. Wyss

Der Sekretär

sig. R. Wolf

Genehmigung

Das vorstehende Protokoll der Gemeindeversammlung vom 1. Juni 2015 wird hiermit als richtig befunden und genehmigt.

Signau, 15. Juni 2015

DER PROTOKOLLAUSSCHUSS

sig. Walter Kirchhofer

sig. Elisabeth Salzman

sig. Ulrich Hofstetter

sig. Ursula Keller

sig. Heidi Wüthrich